

Protokoll über die 5. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1.

Wahlperiode

Ort: Potsdam / MBSJ
Tag: 14.12.2015
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Anwesende:

stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Schneider
Herr Lautenbach
Frau Uhlworm (bis 16:25 Uhr)
Herr Dr. Ossege
Frau Radig
Frau Koß (bis 16:15 Uhr)
Frau Jordan-Nimsch (bis 16:15 Uhr)
Frau Große
Herr Mones (bis 16:20 Uhr)
Herr Thiele (bis 16:20 Uhr)
Herr Tölke (ab 14:35 Uhr)
Herr Sprinzl
Frau Matthesius
Frau Schwenter (bis 16:15 Uhr)
Herr Decker
Frau Petereit
Herr Kostrewa
Frau Schlüter
Herr Erbert (bis 16:25 Uhr)
Frau von Halem (bis 16:20 Uhr)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Schubert

entschuldigt:

Frau Augustin

Herr Gall

Frau Netzel

Herr Dr. Mueller

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:

Herr Hilliger

Herr Schulz

Frau Ohm

Herr Liesegang

Herr Friedel

Herr Grave

Gäste:

Herr Scharf (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)

Frau Kuhne (Kukma/ Mitglied im UA JJQ)

Herr Königer, MdL (bis 16:20 Uhr)

Protokollführung:

Herr Grave

TOP 0: Begrüßung und Informationen

Herr Mones begrüßt die Anwesenden und informiert diese über die Notwendigkeit der Übergabe der Sitzungsleitung ab ca. 16:30 Uhr an Herrn Kostrewa.

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

Herr Mones stellt die Beschlussfähigkeit - 20 stimmberechtigte Mitglieder - des Ausschusses fest (ab 14:35 Uhr 21 stimmberechtigte Mitglieder).

Betreffend die Tagesordnung werden folgende Änderungen beantragt:

- Neuer **TOP 4: Anhörung des LKJA gemäß § 12 Abs. 4 AG KJHG**
TOP 4.1 *Verordnung zum Ausgleich der Mehrbelastungen der Kommunen infolge des erweiterten Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung nach § 24 Absatz 2 Achten Buch Sozialgesetzbuch (Mehrbelastungsausgleichsverordnung Kita – MBAV-Kita)*
- Neuer **TOP 5: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG**

TOP 5.1 Abstimmung über das Verfahren zur Benennungsherstellung betreffend die *Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)*

- Die bisherigen TOP 4 – 8 sollen nunmehr als TOP 6 – 10 behandelt werden.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 28.09.2015

Herr Lautenbach bittet um die Einfügung eines Hinweises zu TOP 5.1 betreffend die Dauer der Anwesenheit von Herrn Jugendstaatssekretär Dr. Drescher. Darüber hinaus bittet er um eine Präzisierung seiner Aussage im Rahmen von TOP 9. Es habe vom Entwurf der Verwaltungsvorschrift „Grundsätze für die Einrichtungsaufsichtsführung nach §§ 45 ff. SGB VIII“ gesprochen.

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll beschlossen (16 Ja-Stimmen/0 Nein-Stimmung/03 Enthaltungen).

Anschließend bittet Frau Matthesius um eine zeitnahe Versendung des jeweiligen Protokolls der vergangenen Sitzungen Protokolls, möglichst innerhalb von 4 Wochen.

TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen

3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Frau Matthesius berichtet, dass der Unterausschuss (UA) am 07.10.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Integrative Ansätze in der Jugendarbeit mit Flüchtlingen; Expertengespräch am 15.02.2016
- Öffentliche Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe ("Tandem")
- § 75
- Umsetzung EU-Jugendstrategie

Betreffend den Bericht werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

3.2 Kindertagesbetreuung

Herr Schneider berichtet, dass der Unterausschuss am 27.11.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Neuwahl des Vorsitzes (Ergebnis: Vorsitz - Frau Stobbe, Stellvertretung - Herr Kostrewa)
- Gemeinsamer Orientierungsrahmen Kita und Hort (Teil 2)
Forum im Internet www.kita-brandenburg.de/gorbiks
- Hortbausteine
Forum im Internet www.kita-brandenburg.de/hortbausteine
- Kita-Finanzierung (Mehrbelastungsausgleichsverordnung; Gutachten zu rechtlichen Themen; Neue Arbeitsgruppe zu Kita-Beiträgen)
- Kindertagesbetreuung betreffend Kinder aus Flüchtlings- und Asyl suchenden Familien
- Kita-Zoom: derzeit Auswertung der Daten aus den 3 Versuchsregionen

Betreffend den Bericht werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

3.3 Hilfen zur Erziehung

Frau Matthesius berichtet, dass der Unterausschuss am 13.11.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Thema "Crystal Meth"
- Versorgung und Betreuung von UMA, intensive Diskussion betreffend Anschlusshilfen
- Entwurf Änderung AG KJHG
- Umsetzung Förderprogramm Jugendhilfe-Schule 2020
- Änderung Verwaltungsvorschrift
- Verfahren zur Änderung der §§ 45 ff. SGB VIII
- Gutachten Funktionalreform

Betreffend den Bericht werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Herr Thiele berichtet, dass der Unterausschuss am 13.10.2015 und am 01.12.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

13.10.2015:

- Kinderarmut, „Runder Tisch“, Bitte um Überarbeitung Handlungsempfehlungen
- Fortbildungsplanung SFBB 2017 → gemeinsame Runde mit MBSJ

01.12.2015

- Landesweite Anerkennung → Entwurf Verwaltungsvorschrift
- Qualifikation von ausländischen Fachkräften
- Weiterbildungs-/Fortbildungsbedarf für Fachkräfte im Zusammenhang mit jungen Flüchtlingen

Betreffend den Bericht werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

TOP 4: Anhörung des LKJA gemäß § 12 Abs. 4 AG KJHG

4.1 Mehrbelastungsausgleichsverordnung – MBAV

Frau Ohm stellt zunächst den Entwurf der Mehrbelastungsausgleichsverordnung vor. Im Anschluss werden einzelne Kernfragen diskutiert, u.a. unterschiedliche Datenlagen, Bedenken zur Systematik, Höhe der Beträge und das Spannungsverhältnis zwischen Kostenausgleich und Pauschalierung.

Die Beschlussvorlage 24-05/15 wird in der wie folgt geänderten Form beschlossen (15 Ja-Stimmen/0 Nein-Stimmung/04 Enthaltungen - eine kurzfristige Abwesenheit):

"Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss wurde angehört und nimmt den Entwurf der *Mehrbelastungsausgleichsverordnung Kita - MBAV-Kita* zur Kenntnis."

TOP 5: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG

5.1 Abstimmung über das Verfahren zur Benehmensherstellung betreffend die *Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)*

Mit der Ressortübertragung des Arbeitsbereiches Netzwerk Gesunde Kinder vom MASGF zum MBSJ ist seit 2015 das MBSJ/Referat 21 für die Steuerung des Landesprogramms Netzwerk Gesunde Kinder verantwortlich. Der Landtag Brandenburg hatte mit Beschluss vom 19.03.2015 die Landesregierung aufgefordert, bis Jahresende 2015 ein Konzept zur landesweiten Verbesserung der Qualität und zur Stärkung und Verstetigung des Projektes Netzwerke Gesunde Kinder vorzulegen sowie entsprechend dem verabredeten gestuften Aufwuchs des Haushaltsansatzes ab dem Jahr 2017 eine Erhöhung auf 3.119.000 Euro vorzunehmen (DS 6/775-B). Auf Grundlage dieses Konzeptes, das am 22.12.2015 im Kabinett beschlossen werden soll, wurde der Entwurf einer neuen Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)

durch Referat 21 des MBSJ erarbeitet, über den im LKJA ein Benehmen hergestellt werden soll.

Die Richtlinie wird noch im Dezember im Rahmen eines formellen Beteiligungsverfahrens dem MdF, MdJEV und LRH vorgelegt und soll schnellstmöglich, spätestens jedoch Ende Januar 2016, rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft treten. Im Herbst 2016 ist die Evaluation und ggf. Überarbeitung/Nachsteuerung der Richtlinie vorgesehen. Ende Januar 2016 ist eine Informationsveranstaltung für die Träger der Netzwerke zur Richtlinie und Antragsstellung geplant und bis Ende Februar 2016 sollen die Anträge im MBSJ eingereicht werden. Für die Erarbeitung des Konzeptes und der neuen Förderrichtlinie waren umfangreiche Recherchen und Abstimmungen seitens des MBSJ notwendig. Die ehemals geplanten Zeitfenster zur Erarbeitung und Abstimmungen konnten aufgrund z.T. anderer Prioritätensetzungen nicht immer eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund war es nicht möglich, das „ordentliche“ Benehmen mit dem LKJA im Rahmen des Sitzungsplans herzustellen. In der Sitzung des LKJA verständigte man sich gemeinsam darauf, die Richtlinie im UA Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung zu diskutieren, um dem Vorstand des LKJA ein Votum zur Benehmensherstellung zu geben.

TOP 6: Verfahrensstand zur Änderung des AG KJHG in Folge des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher

Herr Liesegang stellt den aktuellen Verfahrensstand der Gesetzesänderung vor.

Herr Mones bittet darum, seine im Rahmen der Anhörung im Ausschuss Bildung, Jugend und Sport am 03.12.2015 als Vorsitzender des LKJA vorgetragene Stellungnahme als Anlage des Protokolls an die Anwesenden zu übermitteln.

Frau Große bemerkt, dass das AG KJHG im Zusammenhang mit neuen Erfahrungen, die es in Bezug auf die Entwicklungen mit UMA ggf. mittelfristig novelliert werden muss.

Frau Uhlworm bittet betreffend den Gesetzestext um die Übernahme bzw. Einarbeitung einer geschlechtergerechten Sprache im weiteren Verfahren.

Herr Kostrewa bemerkt betreffend das Thema ‚Gesundheitliche Erstuntersuchung‘ an, dass diese auf Landesebene erfolgen muss. Es folgt eine kurze Diskussion betreffend die Frage, wie dies möglicherweise umzusetzen sei. Des Weiteren wird diskutiert, inwiefern diese

Thematik in der noch vorzustellenden Beschlussvorlage 21-05/15 des UA Hilfen zur Erziehung ggf. gestrichen werden könnte.

In diesem Kontext stellt Herr Lautenbach im Folgenden die Beschlussvorlage vor, Daraus entstehen seitens der Anwesenden keine weiteren Nachfragen. Die vorliegende Stellungnahme wird – unter ganzheitlicher Streichung des letzten Absatzes betreffend den § 24e – durch die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses beschlossen (13 Ja-Stimmen/02 Nein-Stimmung/05 Enthaltungen).

Im Anschluss skizziert Herr Hilliger die aktuelle Unterbringungs- und Verteilsituation im Land Brandenburg und weist auf das neue Zählverfahren (mit Berücksichtigung der von Bezugspersonen - ohne Personensorge- oder formell übertragenes Erziehungsrecht - begleiteten minderjährigen Flüchtlingen) hin. Darüber hinaus spricht Herr Hilliger die vom MBSJ erarbeitete Hinweis-Sammlung (Anlage 1).

TOP 7: Öffentliche Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe

7.1 Tandem – Gemeinnützige Schulhilfe GmbH

Nichtbefassung.

7.2 Gesellschaft für Inklusion und soziale Arbeit e.V.

Durch die Anwesenden wird beschlossen, der obersten Landesjugendbehörde die Anerkennung der *Gesellschaft für Inklusion und soziale Arbeit e.V.* als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe zu empfehlen (07 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen).

TOP 8: Verwaltungsvorschriften über die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

Herr Friedel erläutert die vorab elektronisch übermittelte Entwurfsfassung der in Rede stehenden Verwaltungsvorschrift. Es wird verabredet, die Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG in der nächsten LKJA-Sitzung zu thematisieren. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Befassung in den UA *Kindertagesbetreuung* und *Hilfen zur Erziehung* abgeschlossen sein.

TOP 9: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

Zunächst wird Herr Dr. Hoffmann als Sitzungsgast vorgestellt. Im Folgenden stellt Herr Dr. Hoffmann aktuelle Überlegungen bezogen auf ein Modellprojekt mit dem Ziel der Gründung einer Qualitätsagentur, vor. Diese soll in den kommenden zwei Jahren Einrichtungen der Erziehungshilfe als Möglichkeit eines unabhängigen Instrumentes der Qualitätsentwicklung und -prüfung (u.a. fachliche Sichtung des Einrichtungskonzeptes sowie Visitation bezogen auf die konkrete Umsetzung) dienen. Das Projekt steht in Trägerschaft des Instituts für Innovation und Beratung an der Evangelischen Hochschule Berlin e.V. (INIB).

Es wird verabredet, weitere Informationen in Form eines Handouts als Anlage an das Protokoll zu übermitteln.

Im Anschluss an die Projektvorstellung berichtet Herr Hilliger zu folgenden Themen:

- Mehrbelastungsausgleichsverordnung Bundeskinderschutzgesetz: Die Verordnung wurde nunmehr verabschiedet, die Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte sind erfolgt.
- ESF-Richtlinie zur Berufspädagogik: alle Zuwendungsbescheide wurden versendet
- Länderoffene AG zur Änderung der §§ 45 ff. SGB VIII - zentrale Themenkomplexe:
 - Zuverlässigkeit der Träger als Voraussetzung zum Betrieb einer Einrichtung,
 - Präzisierung der Definition des Begriffes Kindeswohlgefährdung,
 - Möglichkeit unangemeldeter Besuche in Einrichtungen sollen möglich werden,
 - gegenseitige Informationsverpflichtung (Einzelfälle auf Kindeswohlgefährdung) zwischen Jugendämtern und Einrichtungsaufsicht,
 - andere Wahrnehmung der Aufsicht in Bezug auf erlebnispädagogische Maßnahmen im Ausland
- Verwaltungsvorschrift " Grundsätze für die Einrichtungsaufsichtsführung nach §§ 45 ff. SGB VIII": Kein Abschluss in 2015 möglich. Dies wird durch Herrn Scharf bedauert.
- Funktionalreform: Aktuell liegen zwei Gutachten vor, die unterschiedliche Auffassungen betreffend die Frage der Rechtssicherheit einer möglichen Kommunalisierung der Aufsichten (Kita und HzE) aufweisen. Sie sind allerdings noch nicht von den Auftraggebern abgenommen und deshalb noch nicht veröffentlicht. Anfang März wird es zu dieser Frage eine Anhörung im Ausschuss Inneres und Kommunales gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport geben.

TOP 10: Verschiedenes/ Terminplanung

a) Terminplanung:

Die am 01.12.2015 durch die Geschäftsstelle elektronisch versendeten Terminvorschläge betreffend die Sitzungen des LKJA in 2016 werden durch die Anwesenden bestätigt.

- ❖ Montag, 29.02.2016, 14-17 Uhr, MBSJ Potsdam
- ❖ Montag, 06.06.2016, 14-17 Uhr, MBSJ Potsdam
- ❖ Montag, 26.09.2016, 14-17 Uhr, MBSJ Potsdam
- ❖ Montag, 12.12.2016, 14-17 Uhr, MBSJ Potsdam

In der ersten Sitzung im neuen Jahr soll über die Terminierung einer Klausurtagung abgestimmt werden. Die Geschäftsstelle wird entsprechende Vorschläge mit der Einladung versenden.

Herr Kostrewa schließt die Sitzung um 16:55 Uhr.

gez. Bernd Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer/-in

Anlagen:

1. Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Brandenburg - Hinweise des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport
2. Stellungnahme Vorsitzender LKJA im ABJS
3. Kurzkonzept Qualitätsagentur